

Programm zur Kommunalwahl 2021

Zeit zu handeln.
Daher am 12. September

DIE LINKE.
Kreisverband Rotenburg (Wümme)

Inhaltsverzeichnis

Herzlich Willkommen in der Zukunft.....	2
Soziale Gerechtigkeit und würdevolles Dasein.....	3
Arbeit und Soziales.....	3
Gleichstellung von Frauen.....	3
Pflege und Gesundheit.....	4
Soziale Teilhabe und Mitbestimmung.....	4
Soziale Mobilität - Bus und Bahn zum kleinen Preis.....	5
Öffentliche Sicherheit durch Prävention.....	6
Bauen und Wohnen.....	7
Kommunalisierung und Mitsprache auf allen Ebenen.....	8
Bürger:innenbeteiligung.....	8
Digitalisierung.....	8
Beratung durch Betroffene – Partizipation.....	9
Kinder und Jugendpartizipation.....	9
Teilhabe von Migrant:innen.....	10
Inklusion von Menschen mit besonderen Bedürfnissen.....	10
Gute Bildung für alle – ein Leben lang!.....	11
Kinder und Jugendliche.....	11
Kitas und Krippen.....	12
Schulen.....	12
Hochschule.....	13
Kultur.....	13
Sport.....	14
Klimagerechtigkeit in gemeinsamer Wirtschaft.....	15
Lokale Wirtschaftspolitik.....	16
Erneuerbare Energien.....	16
Finanzen.....	17
Landwirtschaft.....	17
Tierschutz.....	18
Eine Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.....	19
Frieden und internationale Solidarität.....	19
Antimilitarismus – Für eine Kultur des Friedens.....	19
Antifaschismus und Antirassismus - Gemeinsam gegen Rechts.....	20
Aufklärungs- und Bildungsarbeit.....	20
Hilfe für Betroffene.....	21
Erinnerungskultur.....	21
Willkommenskultur für Geflüchtete.....	22
Solidarität mit Geflüchteten.....	22
Menschenwürdige Unterbringung.....	22
Gesellschaftliche Teilhabe.....	23

Herzlich Willkommen in der Zukunft

DIE LINKE im Landkreis Rotenburg stellt in diesem Heft ihr Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 12. September 2021 vor.

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit steht weiterhin an erster Stelle für uns: Wir wollen möglichst vielen Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben und die Mitbestimmung in unserer Demokratie ermöglichen.

Als Sozialisten und Sozialistinnen legen wir Wert darauf, dass sozial bessergestellte Menschen ohne Wenn und Aber für jene eintreten, die es nicht so gut haben. Aber dies muss nicht die Sorge jedes Einzelnen sein, nein, das kann unser gemeinsamer Staat durch eine ausgleichende steuernde Gerechtigkeit wahr machen. Schon hier vor Ort haben wir Möglichkeiten unseren kleinen Teil zur sozialen Gerechtigkeit - zur Gleichheit aller - einen Schritt näher zu kommen.

Wir sind der Meinung, dass die Stärke dieser Gesellschaft jahrzehntelang durch eine falsch verstandene, unkontrollierte Freiheit des Marktes ausgehöhlt wurde und nur wieder aufgebaut werden kann, wenn die finanziell Starken ihre Stärke mit jenen teilen, die in dieser Ellenbogengesellschaft nur ein sehr kleines Stück vom Kuchen abbekommen können.

Dies fängt damit an, indem wir kostenlosen, inklusive Besuche in inklusiven Kindertagesstätten ermöglichen, geht über eine gemeinsame Schulbildung, in der junge Menschen aus unterschiedlichen Haushalten sich gegenseitig schlau machen und endet vielleicht in einem gemeinsamen Besuch eines interkulturellen Angebots, das sich jede:r leisten kann. Wir wollen das gute Leben für alle, in bezahlbaren Wohnungen, die auf Grundstücken erbaut werden, mit denen nicht an der Börse spekuliert werden kann, weil sie unverkäuflich in der Hand der Gemeinschaft sind. Das gute Leben hier auf dem Lande, in der die Luft noch deutlich besser ist, als in der Großstadt, führt entlang der persönlichen Möglichkeit zu jeder Zeit mobil zu sein. Da bietet sich das eigene oder gemeinsame Auto durchaus an. Wir sind der Auffassung, dass es für jede:n drin sein könnte, das ein oder andere mal öfter mit dem Bus oder den Zug zu fahren, wenn dieser denn ausreichend fahren oder Bahnstrecken überhaupt durch den Landkreis führen würde. Dies wollen wir ändern. Bezahlbare Mobilität für alle, durch alle.

Wir sind eine sozialistische Partei, die den Anspruch hat, ihre Mitglieder von der Basis her mitentscheiden zu lassen. Daher bieten wir zu jedem erdenklichen Zeitpunkt an, mitzuwirken! Zu jedem Treffen ermöglichen wir dir die Teilnahme durch Mitfahrgelegenheiten. Wer pflegende Angehörige oder zu betreuende Kinder hat, kann sich für die Zeit der parteipolitischen Aktivität auf Kosten der Partei helfende Hände für die so genannten Sorgearbeit holen.

Wir sagen ja! Ja zur Geschlechtergerechtigkeit. Daher und auch für die Barrierefreiheit setzen wir den Doppelpunkt in diesem Programm als Zeichen dafür ein, dass alle Geschlechter angesprochen werden.

DIE LINKE möchte mit diesem Wahlprogramm auch sagen: Komm zu uns, stell Dich zur Wahl auf und erstreite gemeinsam eine gerechtere Zukunft! Wir wollen neue Ideen in die verstaubten kommunalen Räte einbringen. Hilf mit: Mach Dein Kreuz bei DIE LINKE.

Soziale Gerechtigkeit und würdevolles Dasein

Arbeit und Soziales

Auch wenn die großen Entscheidungen in den Parlamenten in Hannover und Berlin getroffen werden – umgesetzt werden müssen sie am Ende auf kommunaler Ebene. DIE LINKE. Setzt sich dafür ein, dass die Kommunen ihre Spielräume nutzen um ein würdevolles Miteinander auf Augenhöhe zu ermöglichen. Dazu gehören gerechte Löhne bei kommunalen Vorhaben!

DIE LINKE fordert:

- ✓ Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist auf soziale Standards wie die Einhaltung des Mindestlohns und auf Tariftreue zu achten.
- ✓ Die Kommune beschäftigt alle ihre Angestellten - von der Sachbearbeiter:in bis zur Reinigungskraft - selbst und bezahlt diese nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD).

Gleichstellung von Frauen

Gleichstellung vor dem Gesetz mag erreicht sein, dass es noch einiges braucht um sich auch faktisch umzusetzen, hat die Pandemie überdeutlich gezeigt. Noch immer tragen Frauen den größten Teil der Mehrfachbelastung durch Erwerbs- und Sorgearbeit, werden schlechter bezahlt und tragen das höhere Armutsrisiko. Gerade in der Kommune werden die Bedingungen geschaffen, die echte Gleichstellung ermöglicht.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Deutlich höheres Jahresbudget für Angebote der/des Gleichstellungsbeauftragten.
- ✓ Geschlechtergerechte Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst sowie die Quotierung der Geschlechter in allen kommunalen Entscheidungsgremien.
- ✓ Bedarfsgerechte Unterbringung für weibliche und queere Geflüchtete.
- ✓ Langfristige und zuverlässige Finanzierung von Beratungsstellen für Frauen und Mädchen.
- ✓ Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln in öffentlichen Einrichtungen und im öffentlichen Raum.
- ✓ Ausbau und Ausfinanzierung von Frauen- und Mädchenhäusern.

Pflege und Gesundheit

Die Privatisierung des Gesundheitsbereiches hat zu einem wahren Kahlschlag im medizinisch-pflegerischen Bereich geführt. Das Personal wurde vieler Orts auf das absolute Minimum gekürzt, Kliniken geschlossen und Hausarztpraxen bleiben ebenso unbesetzt wie Facharztstellen. Warte- und Fahrzeiten um Ärzte zu erreichen werden ständig länger, dass medizinische Personal arbeitet am Anschlag und Angehörige die zu Hause pflegen fühlen sich zu recht im Stich gelassen und das nicht nur während der Pandemie.

DIE LINKE fordert hier ein gezieltes Engagement der Kommunen. Eine genaue Analyse der Bedarfe ist nur der Anfang. Es braucht attraktive Angebote für Ärzte und andere medizinische Dienstleister um die medizinische Versorgung, als Teil der Daseinsvorsorge auch zukünftig zu gewährleisten.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Entwicklung kommunaler Hilfeplänen für ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen.
- ✓ Die Sicherung der Grundversorgung mit stationären Pflegeplätzen zu sozialverträglichen Gebühren.
- ✓ Den Ausbau des Angebots für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege sowie die bedarfsgerechte Personelle und materielle Verstärkung ambulanter Wohngemeinschaften sowie von Heimaufsichten.
- ✓ Die personelle Stärkung von Heimaufsichten, um mehr Kontrollen durchführen zu können.
- ✓ Die (Re)Kommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.
- ✓ Die Einrichtung einer psychiatrischen Station für Patienten mit einer Doppeldiagnose (Behinderung und psychischer Erkrankung), auf der besonders qualifiziertes Personal beschäftigt wird.
- ✓ Den Aufbau von kommunalen Gesundheitszentren inklusive Hebammenstationen in ländlichen Räumen.

Soziale Teilhabe und Mitbestimmung

Sein Leben selbst gestalten zu können ist ein wichtiger Faktor für Glück und Zufriedenheit, auch und gerade im Alter.

Die LINKE fordert:

- ✓ Einen Ausbau der ambulanten, durch die Kommunen kontrollierten Pflege, selbstverständlich unter Einbeziehung einer verbesserten personellen Ausstattung bei erhöhtem Pflegebedarf.
- ✓ Eine Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für ältere Menschen in Alten- und Altenpflegeheimen.
- ✓ Einrichtung kommunaler Altenpflegeplätze die unabhängig von Einkommen und Vermögen der Betroffenen in Anspruch genommen werden können.

Soziale Mobilität - Bus und Bahn zum kleinen Preis

In ländlichen Räumen sind und bleiben viele Menschen auf das Auto angewiesen, ausgedünnten Bus- und Bahnlinien sei Dank. Das wiederum führt zu verstopften Straßen und Städten und damit zu Feinstaub- und Lärmbelastung, ebenso wie zu mehr CO₂-Ausstoß. Schuld ist die einseitige Bevorzugung des Autos durch die Politik. Mobilität ist die Grundvoraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit Teil der Daseinsvorsorge, die jedem Menschen zugänglich sein muss. DIE LINKE. kämpft aus diese Gründen für eine für den keinen Geldbeutel bezahlbare soziale und ökologische Verkehrswende.

DIE LINKE fordert:

Nahverkehr bis aufs Dorf

- ✓ Die umgehende Angebotserweiterung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) durch engere Taktzeiten, eine bessere Anbindung in der Fläche, auch am Abend und am Wochenende, sowie ein Angebot von öffentlichen Ruf-Taxis.
- ✓ Die Umwidmung der Mittel für den Straßenbau zur Förderung des entgeltfreien ÖPNV einzusetzen.
- ✓ Sperrung von geeigneten Innenstadtbereichen für den motorisierten Individualverkehr, parallel zum Ausbau des ÖPNV.
- ✓ Die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken. Hierzu zählen:
 - ✓ Der Ausbau der Bahnlinie Bremervörde – Zeven – Rotenburg (Wümme) für den Personenverkehr.
 - ✓ Die Errichtung von Gleiskurven bei Hese-dorf/Bremervörde und Rotenburg zur Optimierung der Strecke Bremervörde–Rotenburg.
 - ✓ Der Ausbau der Eisenbahnstrecke von Bremervörde-Osterholz-Scharmbeck (Bremen) für Personen- und Güterverkehr.
 - ✓ Die Wiederinbetriebnahme der Strecke Zeven-Tostedt.
 - ✓ Die Anpassung der Bahnverbindungen zwischen Rotenburg-Verden an Abendvorstellungen von Kino- und Theatervorstellungen.

Nahverkehr für alle bezahlbar

- ✓ Die Erprobung von kostenfreiem Nahverkehr an mindestens zehn Wochenenden im Jahr.
- ✓ Die sofortige Einführung eines Sozialtickets für Empfänger:innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II, SGB XII), Wohngeldgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und Kinderzuschlagsbe-rechtigte in Höhe von maximal 25 Euro monatlich.
- ✓ Tatsächliche Umsetzung des Rechtsanspruches zur Beförderung im Nahverkehr für alle Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind oder Einschränkungen haben.
- ✓ Günstigere Tagestickets bei Busfahrten im den Landkreis.

- ✓ Die Anschaffung von umweltfreundlichen, energiesparenden und barrierefreien Klein- und Niederflurbussen.
- ✓ Die verstärkte Ausweisung von Tempo-30-Zonen.
- ✓ Ein engmaschiges komfortables, sicheres und geschlossenes Rad- und Fußwegenetz, um die Attraktivität des Fahrradfahrens und Zufußgehens zu erhöhen.

Öffentliche Sicherheit durch Prävention

Gute Präventionsarbeit kommt nicht nur denjenigen zu Gute, die direkt davon profitieren. Sie sorgt dafür, dass Konflikte gar nicht erst eskalieren, Verbrechen nicht passieren und sich alle sicherer fühlen können.

Die LINKE fordert:

- ✓ Finanziell und personell gut ausgestattete Frauenhäuser, Jugendämter und Beratungsstellen für Gewaltopfer.
- ✓ Finanziell und personell gut ausgestattete aufsuchende Drogenberatung und Jugendarbeit.
- ✓ Die Einführung eines Sozialpasses für alle Nicht- und Geringverdiener:innen, um den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (u.a. Kindergärten, Büchereien, Bädern, Museen und öffentliche Verkehrsmittel) zu gewährleisten.
- ✓ Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit.
- ✓ Sockelfreibeträge und Sozialtarife bei Versorgungsbetrieben; keine Strom, Gas-, und Wasserabschaltungen.
- ✓ Die Überprüfung des Wiedereingliederungsprogramms von Menschen die langzeitarbeitslos sind.
- ✓ Entfristete Kooperation des Landkreises mit der Suchthilfe zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen.
- ✓ Personelle Finanzierung mindestens einer weiteren Planstelle in der Suchthilfe Rotenburg.
- ✓ Ausweitung der Suchthilfe auf Online-Spiel-Sucht.
- ✓ Finanzielle Unterstützung für Ärzte, Beratungsstellen und Lehrkräfte, die sich im Bereich Online-Spiel-Sucht fortbilden wollen.

Bauen und Wohnen

Angemessener Wohnraum ist ein Grundbedürfnis für die Menschen, doch Wohnungen sind vielfach zum Spekulationsobjekt geworden. Die Mietpreisexplosion hat inzwischen die großen Städte und inzwischen auch die ländlichen Räume erreicht. Dabei fehlt es vor allem an bezahlbarem Wohnraum: 50.000 Sozialwohnungen sind in Niedersachsen seit 2000 weggefallen, ohne das Ersatz geschaffen wurde. Auch das Boden mehr und mehr zum Spekulationsobjekt wird lässt die Preise weiter ansteigen. DIE LINKE fordert die Privatisierung von Boden zu vermeiden und selber Bauland für den Bau von Sozialwohnungen in öffentlicher Hand zu nutzen.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Eine konsequente Bodenvorratspolitik um Bodenspekulationen zu verhindern.
- ✓ Den Erlass von Zweckentfremdungssatzungen, um Bodenspekulation bekämpfen zu.
- ✓ Der Bau von Wohnungen und Geschäftsbau muss nach Erwerb eines Grundstückes innerhalb von drei Jahren beginnen.
- ✓ Den mehr als drei-monatigen Leerstand von Wohn- und Geschäftsräumen durch Zweckentfremdungsverbote verhindern.
- ✓ Den Erhalt von kommunalen Flächen durch die konsequente Vergabe in Erbpacht.
- ✓ Die konsequente Planung und Förderung sozial gemischten Wohnraumes, mit besonderer Betrachtung für Menschen mit Behinderungen.
- ✓ Die Förderung alternativer Wohnformen wie Genossenschaften und andere kollektive Wohnformen, wie beispielsweise von Mehrgenerationenhäusern.
- ✓ Im Rahmen der Stadtteilplanung ist Raum für Begegnungsstätten zu berücksichtigen.
- ✓ Die dauerhafte Sozialbindung von Sozialwohnungen durch Erbpacht.
- ✓ Die Gründung oder Ausbau kommunaler Wohnungsbaugenossenschaften.
- ✓ Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau sowie die Sanierung von Altbeständen.
- ✓ Den Flächenfraß begrenzen und das dörfliche Leben erhalten.
- ✓ Die Überprüfung der Wirksamkeit bisheriger Maßnahmen des Landkreises zum Ausbau barrierefreien Wohnens.
- ✓ Den Ausbau von (preiswerten) alters- und behindertengerechten Wohnungen und Förderung von betreutem Wohnen.
- ✓ Infrastrukturelle Maßnahmen wie Straßenbeleuchtung mit Bewegungsmeldern.

Kommunalisierung und Mitsprache auf allen Ebenen

Bürger:innenbeteiligung

In der Pandemie hat sich wieder einmal gezeigt, dass Regieren von Oben nach Unten nicht funktioniert. So wie die Bundes- und Länderregierungen die Kommunen nicht mitgenommen haben, werden auch die Bürger und Bürgerinnen in politischen Prozessen oft nicht mehr mitgenommen. Das muss sich ändern.

DIE LINKE tritt für eine umfassende Förderung des ehrenamtlichen Engagements ein, um die Menschen zu befähigen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Wir möchten mehr Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerforen, Diskussionen und in dem Betroffene direkt in politische Prozesse mit einbezogen werden.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Eine bessere Sichtbarkeit von Sitzungsterminen auf Webseiten der Kommunen und des Landkreises
- ✓ Veröffentlichung aller Sitzungstermine in kostenfreien Printmedien.
- ✓ Eine Verankerung von Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren in kommunalen Satzungen.
- ✓ Eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge (wie Buslinien), damit Ehrenamt nicht als Ersatz für öffentlich zu erbringende Leistungen ausgenutzt wird.
- ✓ Öffentliche Würdigung von ehrenamtlich Tätigen.
- ✓ Keine weiteren Aufträge nach dem Prinzip der ÖPP – Öffentlich-Private Partnerschaften.

Digitalisierung

Deutschland ist digitales Entwicklungsland. Es fehlt an Infrastruktur, an günstigen Angeboten und vieler Orts auch schlicht und ergreifend an der nötigen Kompetenz um die Möglichkeiten der Digitalisierung richtig zu nutzen. Das ist im Jahre 2021 nicht mehr zu tolerieren, ist ein Zugang zu Internet doch die notwendige Voraussetzung um im häuslichen Büro arbeiten zu können, sich Schulstoff zu erarbeiten, auch außerhalb einer Pandemie und sich umfassend zu informieren.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Den Ausbau der digitalen Infrastruktur bis an jede Haustür unter kommunaler Regie.
- ✓ Die Ausstattung von öffentlichen Gebäuden, Plätzen und Räumen mit frei zugänglichem Internet.
- ✓ Kompetente Unterstützung der Schulen bei der Erstellung medienpädagogischer Konzepte für die technischen Modernisierung in Bildungseinrichtungen.
- ✓ Den Ausbau digitaler Angebote für Verwaltungsvorgänge bei Aufrechterhaltung

von persönlichen Angeboten in Bürgerämtern.

- ✓ Die finanzielle Unterstützung zur Ausstattung aller Sporthallen mit leistungsstar-

ken Internetanschlüssen (z.B. zur Durchführung von E-Sport-Meisterschaften).

- ✓ Den Zugang zu eigenen Geräten für weniger kaufkräftige Haushalte.

Beratung durch Betroffene – Partizipation

Kinder und Jugendpartizipation

„Kinder sind die Zukunft“ darf nicht länger eine Phrase bleiben! Kinder und Jugendliche wollen nicht nur befragt werden, sie wollen teilhaben, mitwirken, wirklich mitbestimmen und nicht nur Zuschauer sein, bei den Entscheidungen zu ihren Belangen. Sie brauchen selbstorganisierte Freiräume um sich zu entwickeln, echte Mitbestimmung und das Zutrauen um sich in die Gesellschaft einbringen zu können.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Den Einbezug der Jugendlichen in die Verwaltung von Jugendfreizeiteinrichtungen bis hin zur Selbstverwaltung.
- ✓ Die Einführung dauerhafter und stimmberechtigter Jugendbeiräte in kommunalen Räten, deren Mitglieder unter 21 Jahre sind.
- ✓ Die Einrichtung von Jugendbudgets, über dessen Verwendung allein Jugendliche entscheiden.
- ✓ Die Stärkung von Schüler:innenvertretungen, auch in Berufsschulen.
- ✓ Verstärkte Unterstützung im sozialen Bereich tätiger demokratischer Selbsthilfe-Initiativen.
- ✓ Die gezielte Förderung von pädagogischen Kompetenzen von Eltern.
- ✓ Regelmäßige, niedrigschwellige Angebote zur Förderung von Kompetenzen für Eltern (Mediennutzung, psychische Belastungen).
- ✓ Der Landkreis erstellt und veröffentlicht zusammen mit den Gewerkschaften, Sozialverbänden jährlich einen Armutsbericht unter besonderer Berücksichtigung der Kinderarmut.
- ✓ Die Kommunen erkennen die bisher in Deutschland nicht ins Grundgesetz verankerte UN-Konvention der Rechte von Kindern an.

Teilhabe von Migrant:innen

Integration ist keine Einbahnstraße sondern ein gemeinsamer Prozess in der die Stimmen aller Beteiligten gehört werden muss. Dies ist nur möglich durch eine feste Beteiligung der Migranten und Migrantinnen an politischen Prozessen. Erst wenn die Stimmen der Betroffenen gehört werden, können Angebote geschaffen werden die ein friedliches und für alle bereicherndes Miteinander ermöglichen.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Breite Sprach-, Sport- und Schreibförderung für alle Kinder, Schüler:innen, Jugendliche und junge Erwachsene an Schulen.
- ✓ Eine bewusste Förderung interkultureller Kampagnen und interkultureller Akzeptanz in Schulen und Behörden.
- ✓ Den Ausbau und die Förderung von lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Migrant:innen.
- ✓ Die Förderung der demokratischen Interessenvertretungen der Migrant:innen.
- ✓ Installation eines Integrationsbeirates in Anlehnung an den Behindertenbeirat auf Kreisebene.
- ✓ Aufbau und Finanzierung eines landkreisweiten Beratungsnetzwerkes für Frauen, die von Genitalverstümmelung betroffen sind.

Inklusion von Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen gleichermaßen teilhaben und mitgestalten können und in der auf die Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. Eine solche Politik, in der die Betroffenen nicht selbst gehört würden, wäre zum Scheitern verurteilt.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Die Verpflichtung von Gemeinden und Städten zur Einrichtung inklusiver Gruppen in Kitas.
- ✓ Den Umbau aller öffentlichen Einrichtungen gemäß der Zertifizierung „barrierefrei“ und die Einrichtung von Induktionsschleifen für Hörgeschädigte.
- ✓ Die Einhaltung der Schwerbehindertenquote in allen kommunalen Betrieben.
- ✓ Die Einführung einer Planstelle im Landkreis, um die Kommunen bei der Bereitstellung ihrer Angebote (Formulare) in „Leichte Sprache“ zu unterstützen.
- ✓ Die Erstellung einer Bestandsaufnahme sowie einer qualitativen und quantitativen Bedarfsanalyse zu Teilhilfesystemen sowie eine regelmäßige qualifizierte Sozialberichterstattung mit Betroffenen.
- ✓ Den Ausbau ambulanter sozialer Dienste speziell für junge Menschen mit körperlichen und psychischen Einschränkungen.

Gute Bildung für alle – ein Leben lang!

Bildung allen zu ermöglichen ist die Grundvoraussetzung für die mündige Teilhabe an unserer Gesellschaft. Sie öffnet Tür und Tor sowohl für die persönliche Entfaltung als auch für das Berufsleben und sollte daher allen ermöglicht werden, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft oder des Glaubens. Für eine demokratische Gesellschaft wollen wir zudem Schulen die Mitbestimmung vorleben.

Kinder und Jugendliche

Wenn in der Politik von Kindern und Jugendlichen die Rede ist, dann in aller Regel im Zusammenhang mit Schule und Kindertagesstätten. Doch Politik die Kinder und Jugendliche wirklich mitdenkt, muss dies in allen Bereichen des Lebens tun. Deshalb nimmt die LINKE unter anderem auch Verbandsarbeit mit ins Blickfeld. Die Jugendverbandsarbeit bietet einen Schutzraum für Jugendliche, in dem sie niedrigschwellig und von Erwachsenen unbewertet Probleme, jugendrelevante und -spezifische Themen ansprechen können, wie es in anderen Bildungsräumen kaum möglich ist.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Eine gute personelle und sachmittelbezogene Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit und Öffnungszeiten, die den jeweiligen Anforderungen entsprechen.
- ✓ Die Schaffung von Jugendräumen, in denen junge Menschen sich selbständig-organisiert treffen und Zeit verbringen können.
- ✓ Den Ausbau öffentlicher Freizeitangebote wie Bolzplätze, Skateranlagen, Basketballplätze, Proberäume, insbesondere in Gebieten mit sozialen Brennpunkten und außerhalb der Ballungsräume im Landkreis.
- ✓ Mehrere frei zugängliche Graffiti-Wände (z.B. an Gebäuden der Kommune) verteilt in Ortschaften (z.B. abgesicherte Brückenunterführungen).
- ✓ Freizeitangebote in die Dörfer und Städte zu holen und sie nicht an den Rand von Ortschaften auszulagern.
- ✓ Die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit durch eine Jugendfördersatzung, die es Jugendverbänden und Gruppen erlaubt sich große Teile ihrer Kosten erstatten zu lassen.

Kitas und Krippen

Gerade die frühkindliche Bildung spielt in der Entwicklung von Kindern eine wichtige Rolle. Für DIE LINKE Niedersachsen ist klar: Kitas und Krippen gehören flächendeckend ausgebaut, qualitativ ausfinanziert und gebührenfrei bereitgestellt.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Die bedarfsgerechte Ausweitung der Plätze und Öffnungszeiten der KiTas, sowie Förderung flexibler Betreuungsmodelle.
- ✓ Die pädagogische Aufwertung der Kindertagesstätten (KiTas) und verbindliche Vorbereitung auf das Schulleben im Vorschulalter.
- ✓ Gebührenfreie Krippen- und Kitaplätze - ohne Ausnahmen.
- ✓ Gebührenfreie, qualitative hochwertige und warme Mittagsverpflegung an allen KiTas, möglichst aus regionaler Herkunft.

Schulen

Schulen sind flächendeckend in ganz Niedersachsen unterfinanziert. Lehrkräfte fehlen, viele Fachkräfte werden in Teilzeit gehalten und Schulgebäude sind gefährlich sanierungsbedürftig. Gemeinsam mit Gewerkschaften konnten wir Druck dafür machen, dass sich die Arbeitssituation der Lehrkräfte und somit auch die Qualität der Bildung verbessert. Der Bildungserfolg eines Kindes darf zudem nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Für DIE LINKE Niedersachsen hat Bildung die oberste Priorität.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Wohnortnahe Schulen „kurze Wege für kurze Beine“ und einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel wie etwa Schulbusse.
- ✓ Förderung von integrierten Gesamtschulen (IGS), zur Überwindung des gegliederten Schulsystems
- ✓ Allgemeine Gymnasien des Landkreises in die Hand der Kommunen überführen.
- ✓ Das Ratsgymnasiums Rotenburg geht in die Integrierte Gesamtschule Rotenburg auf.
- ✓ Gebührenfreie, qualitative wertvolle und warme Mittagsverpflegung an allen Schulen, möglichst aus regionaler Herkunft und biologischem Anbau.
- ✓ Mehr Sozialarbeiter:innen in sicheren Beschäftigungsverhältnissen an allen Schulformen, sowie mehr Schulen mit inklusivem Unterricht in Kooperation mit Förderschulen.
- ✓ Die Entlastung von pädagogischem Fachpersonal in Bildungseinrichtungen, durch die (gemeindeübergreifende) Gründung eines gemeinnützigen Vereins, der die Administration und Wartung (IT-Support)

- von Netzwerken in Kitas, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen als Dienstleistung übernimmt.
- ✓ Ein Sanierungsprogramm für baufällige Schulen, Einbau von ausreichenden Belüftungsanlagen.
- ✓ Kostenfreie Hausausgabenhilfe und Nachhilfe – auch in Ferienkursen.
- ✓ Hinreichende Ausstattung der Schulen mit 2-in-1-Tablets.
- ✓ Die Förderung der Medienkompetenzen von Schulbegleitungen / Schülern / Schülern zur unterstützenden Tätigkeit digitaler Bildungsangebote.
- ✓ Einführung eines landkreisweites Bildungsmonitorings.

Hochschule

Die LINKE wird den Gründungsprozess einer Hochschule in der Region Rotenburg (Wümme) aufmerksam begleiten, um sicherzustellen, dass neben wirtschaftlichen Überlegungen auch wichtige soziale Gesichtspunkte von Anfang an mitgedacht werden.

Kultur

Kultur ist kein Luxus, sondern ein Stück Lebensqualität, das für alle Menschen gleich erreichbar sein muss. Kultur gehört zu einer Demokratie. Eine lebendige Kulturszene ist auch ein Ausdruck für eine lebendige Kommune. Aufgabe einer Kommune ist es, die Vielfältigkeit von kulturellen Ausdrucksformen zu fördern. Kultur rechnet sich nicht, zahlt sich aber aus.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Den Erhalt und Ausbau vorhandener kultureller Einrichtungen und Pflege des kulturellen Erbes.
- ✓ Den Erhalt des kommunalen kollektiven Gedächtnisses und Förderung neuer Denkanstöße durch kostengünstigen Zugang zu Museen, Büchereien, Archiven, Theatern, Musik- und Kunstschulen.
- ✓ Die Nutzung kulturellen Erbes in Form des historischen Museums in Zeven.
- ✓ Die Unterstützung zur Einrichtung soziokultureller Einrichtungen in Gemeinden, um Menschen in ihren unmittelbaren Wohnbereichen Zugang zur Kultur zu ermöglichen.
- ✓ Die Unterstützung von freien Theater-, Musik- und Filmgruppen.
- ✓ Die Förderung von wenig bekannten Kulturbewegungen zum Beispiel aus der Arbeiter:innen-, der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegungen.
- ✓ Konzepte und Programme zur Förderung von Medienkompetenz.
- ✓ Kommunale Förderprogramme für von der Corona-Krise betroffenen Künstler:innen.

Sport

Für DIE LINKE ist Sport ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge und die Sportstätten vom Bolzplatz, der Skater-Anlage über den Sportplatz bis hin zum Hallen- oder Freibad ein unverzichtbarer Teil der kommunalen Infrastruktur.

Immer mehr Kinder haben motorische Schwierigkeiten oder keine Möglichkeit das Schwimmen zu erlernen. Sport ist für uns kein Luxusgut, sondern für alle da. Möglichkeiten zum Sport treiben dürfen nicht durch übermäßig hohe finanzielle Hürden für die Menschen verschlossen werden, die über geringes Einkommen verfügen.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Vorhandene Sportflächen und -stätten zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen um ausreichende Hallenzeiten in kommunalen Sporthallen und Schwimmbäder zu ermöglichen.
 - ✓ Die Förderung des E-Sports.
 - ✓ Die Einbettung von Vereinen bei der Gestaltung des Ganztagsunterrichts.
 - ✓ Planungssicherheit für Vereine durch dauerhafte Förderung im Haushaltsplan.
- ✓ Sportstätten auch Menschen mit Einschränkungen zugänglich machen.
 - ✓ Barrieren im Sport abzubauen und besonders den Behindertensport zu fördern.
 - ✓ Die Bezuschussung von Mitgliedsbeiträgen für Menschen mit geringen Einkommen und ihren Kindern.
 - ✓ Das Sanierungsprogramm für Sportstätten, das vom Land Niedersachsen gestellt wird, in Anspruch nehmen.

Klimagerechtigkeit in gemeinsamer Wirtschaft

Klimakrise und Umweltverschmutzung sowie die Übernutzung der vorhandenen Ressourcen sind globale Probleme, die nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden können. Allerdings beginnt Klima- und Umweltschutz bei jedem Einzelnen und das bedeutet auch in der Kommune. DIE LINKE möchte die vorhandenen Handlungsspielräume nutzen um vor Ort aktiv zu werden, statt weiter darauf zu warten, dass die große Politik sich bewegt.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Flächensparende Bauleitplanung und Rückbau von versiegelten Flächen.
- ✓ Klimafreundliche Bebauungspläne mit der Festschreibung von Dachbegrünungen und schrittweise einzuführendes Verbot fossiler Heizsysteme zugunsten umweltfreundlicher Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen.
- ✓ Photovoltaik und Dachbegrünungen auf öffentlichen Gebäuden.
- ✓ Wärmerückgewinnung aus Abwasser und Abwärme industrieller Prozesse.
- ✓ Hitzeschutzinseln und Frischluftschneisen einrichten, ausbauen und erhalten.
- ✓ Verabschiedung von Baumschutzsatzungen.
- ✓ Förderung von Forschungen zu klimaresistenten nicht invasiven Baumarten auf Grundstücken des Landkreises.
- ✓ Ein Atomendlager im Landkreis Rotenburg lehnen wir aufgrund der Erdbeben als nicht vertretbar ab.
- ✓ Der Standort Hassel ist als Deponiestandort ungeeignet. Deshalb muss die Standortsuche neu begonnen werden.
- ✓ Behördliche Durchsetzung des Verbots des Anlegens von Schotterflächen auf Privatgrundstücken gemäß § 9 NBauO.
- ✓ Ausreichende Regenrückhaltebecken und Verdunstungsflächen im Rahmen von Bewässerungskonzepten.
- ✓ Die Erhaltung und Renaturierung von Mooren, besonders auf Torfhalden.
- ✓ Biogasanlagen in kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben aufbauen.
- ✓ Entwicklung kommunaler Ernährungsstrategien auf der Basis von Regionalität, Nachhaltigkeit, fairen Produktionsbedingungen und gesundem Essen unter Einbeziehung öffentlicher Mensen, Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und überflüssiger Verpackung.

Lokale Wirtschaftspolitik

DIE LINKE setzt sich für eine Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe ein. Der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe macht Transportwege überflüssig. Regionale Wertschöpfungsketten binden zudem Kaufkraft und Geld in der Region. DIE LINKE fördert Existenzgründungen. Neben Wagniskapital benötigen Existenzgründer:innen vor allem eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur. Hier können kommunale Gründungszentren hilfreich sein, die jungen Unternehmen preisgünstig Räume und Infrastrukturleistungen anbieten.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Eine Entlastung des kommunalen Personals durch großzügige Personalplanung in Kommunalverwaltungen und kommunalen Unternehmen.
- ✓ Ausbildungsplätze für formal niedrig qualifizierte Jugendliche und Erwachsene.
- ✓ Den Ausbau von unabhängigen, bedarfsgerechten und passenden Qualifizierungsangeboten.
- ✓ Die Förderung von Gründungszentren.
- ✓ Die Bindung von öffentlichen Förderungen an soziale- und ökologische Bedingungen sowie Tarifbindung durch passgenaue Ausschreibungen.
- ✓ Stärkung der Zusammenarbeit unterschiedlicher Gemeinden und Kommunen durch gemeinsame Regionalentwicklungspläne.
- ✓ Die Einrichtung von sozialen-ökologischen Förderfonds zur Entwicklung und Realisierung von Gemeinschaftsprojekten in kommunaler Hand.
- ✓ Förderung der Ansiedlung neuer Unternehmen und kleinerer Kunsthandwerker durch subventionierte Geschäftsräume die auch gemeinsam genutzt werden können.
- ✓ Die finanzielle Förderung gemeinnütziger Vereine oder genossenschaftlich organisierter Dorfläden.

Erneuerbare Energien

Die Energiewende und der Klimaschutz brauchen Akzeptanz. Akzeptanz erreichen wir nicht durch große Energieparks, die Klima, Umwelt und Natur belasten, sondern durch menschnahe, dezentrale und ökologische Energieproduktion. Wir möchten, dass die Menschen vor Ort von der Energiewende profitieren und nicht große Konzerne und ihre Aktionäre.

DIE LINKE. fordert:

- ✓ Die Flächendeckende Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie auf öffentlichen Gebäuden.
- ✓ Die Errichtung von Windkraftanlagen und Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Hand kommunaler Energieerzeuger oder regionaler, gemeinnützig-genossenschaftlicher Unternehmen.

Finanzen

DIE LINKE wehrt sich gegen Streichungen freiwilliger Leistungen. Kultur und Freizeitangebote sowie soziale Leistungen müssen erhalten werden. Die angespannte finanzielle Situation vieler Kommunen ist ein Dauerthema, die Probleme liegen in der Verteilung der Steuereinnahmen so wie in der Konkurrenz der Kommunen untereinander, die immer geringere Gewerbesteuersätze erzwingt. Solange die Finanzierung der Kommunen nicht grundlegend neu geregelt wurde, so dass sich die Steuereinnahmen gleichmäßiger und damit gerechter verteilen, müssen die Kommunen sich bemühen alternative Lösungswege zu finden sowie das vorhandene Geld weitsichtig investieren.

DIE LINKE fordert:

- ✓ den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge und freiwilliger Leistungen vor allem in den kulturellen, sozialen, ökologischen und bildungspolitischen Bereichen.
- ✓ Höhere und langfristig angelegte Investitionen der Kommunen in soziale und ökologische Projekte.
- ✓ Den Einsatz progressiver Steuermodelle wie eine Steuer auf leerstehende Gebäude.
- ✓ Die Neuregelung von Straßenausbaubeiträgen.

Landwirtschaft

Umweltschutz und ein gutes Leben in der Landwirtschaft schließen sich nicht aus. Hierzu bedarf es einer größeren Unabhängigkeit der Landwirt:innen vom Weltmarkt und seinen Schwankungen. Durch die Kommunalpolitik der LINKEN sollen regionale Wirtschaftskreisläufe, Wochenmärkte und andere Formen der Regionalvermarktung gefördert werden. Damit soll der bäuerlichen Landwirtschaft Planungs- und Absatzsicherheit gegeben werden.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Eine Umfrage unter den (Bio-)Milchviehbetrieben mit der Fragestellung, ob die Ansiedlung einer genossenschaftlichen Bio-Molkerei im Landkreis wünschenswert wäre.
- ✓ Die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe bei der Umwandlung von konventioneller in sozialverträglich-biologische Landwirtschaft.
- ✓ Die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe bei der Umstellung von Milchviehbetrieb auf den Anbau von Hafer als Nahrungsmittelgetränk.
- ✓ Die Unterstützung bei der Gründung von alternativen Erzeugergemeinschaften durch die Pacht preiswerter, kommunaler Nutzflächen.
- ✓ Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe beim Aufbau eigener, regionaler Vertriebsstrukturen.
- ✓ Aufbau eines regionalen Ernährungsrates.

Ernährung und Verbraucherschutz

DIE LINKE wird dafür eintreten, dass insbesondere in Küchen kommunaler Einrichtungen, in Schulen und in Kindergärten sowie in Krankenhäusern und in Pflegeheimen vorrangig Produkte örtlicher Produzenten verarbeitet werden. Für Cateringfirmen, die die kommunalen Einrichtungen und andere beliefern, ist die vorrangige Nutzung regionaler Produkte und das Prinzip eines gesunden Nahrungsmittelangebotes festzuschreiben.

DIE LINKE fordert:

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">✓ Versorgung von kommunalen Einrichtungen wie Schulen mit gesunder Ernährung aus der Region.✓ Die Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen sowie kommunale Ernährungsräte. | <ul style="list-style-type: none">✓ Kein Einsatz von gesundheitsgefährdenden Mitteln, vor allem auf öffentlichen Flächen.✓ Nutzung von Brachflächen in Städten für Bürgerbeete. |
|--|--|

Tierschutz

DIE LINKE fordert die Einhaltung und Ausweitung von Tierschutzmaßnahmen. Auf Kreisebene wird sich DIE LINKE für den Ausbau der veterinärmedizinischen und der arbeitsrechtlichen Kontrollen einsetzen. Besonders dort wo große Mastställe existieren, muss eine regelmäßige Bestandskontrolle gewährleistet sein.

DIE LINKE fordert:

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none">✓ Den Ausbau veterinärmedizinischer Kontrollen, durch personelle Aufstockung. | <ul style="list-style-type: none">✓ Gesundheitsämter mit mehr Personal für Lebensmittelkontrollen auszustatten.✓ Die Verhinderung von Großmastställen. |
|---|---|

Eine Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ ist und bleibt die Grundlage linken Handelns – egal ob auf der großen Weltbühne oder im kommunalpolitischen Rahmen.

Frieden und internationale Solidarität

Wir sagen nein zu jeder Form der Kriegstreiberei, Aufrüstung, Abschottung und dem Geschäft mit dem Tod – ganz gleich ob durch Waffenexporte oder Rüstungsindustrie. Gemeinsam mit der internationalen Friedensbewegung, Gewerkschaften, Studierendenschaften, Verbände und Initiativen wirken wir in den Kommunen und darüber hinaus gemeinsam für den Frieden.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Die Initiativen für den Stopp aller Waffenexporte sowie die Kampagnen „Rheinmetall entwaffnen!“ und „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu unterstützen.
- ✓ Gemeinsam mit vielen anderen Helfen wir mit bei den alljährlichen Ostermärschen und Antikriegstagen für den Frieden auf die Straße zu gehen.
- ✓ Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sofort aufkündigen - Keine kommunalen Räumlichkeiten und Plätze für Werbeveranstaltungen und Ausstellungen der Bundeswehr.
- ✓ Die Berufsschulen und Gymnasien (Oberstufen) lassen keine Angehörigen der Bundeswehr für Werbeveranstaltungen in die Schule (Außer bei Berufsbildungsmesse).
- ✓ Die Schulen fördern durch Werbeveranstaltungen, soziale und friedensstiftende Initiativen wie das Freie Soziale Jahr, Freie Ökologische Jahr und den Bundesfreiwilligendienst.

Antimilitarismus – Für eine Kultur des Friedens

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Krieg als Lehre aus der Geschichte ab. Dennoch wird der öffentliche Raum massiv für Militärwerbung genutzt. Verharmlosende Werbekampagnen der Bundeswehr, kriegspropagandistische Denkmäler aus dem letzten Jahrhundert und traditionelle Anlässe sollen die Öffentlichkeit an Kriegseinsätze gewöhnen. DIE LINKE setzt dagegen auf eine Kultur des Friedens.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Bundeswehr raus aus Schulen und zivilen Ämtern, kein Werben fürs Sterben.
- ✓ Dass öffentliche militärische Rituale, wie „Großer Zapfenstreich“ und Gelöbnisse, in Stadtgebieten sowie Landkreisen nicht mehr stattfinden.

Antifaschismus und Antirassismus - Gemeinsam gegen Rechts

Das Menschheitsverbrechen des Holocaust mahnt uns. Vor dem Mord stand die Ausgrenzung. Sie begann mit dem Denken und Reden. Das Wir alle tragen Verantwortung dafür wohin sich unsere Gesellschaft bewegt. Deswegen kämpfen wir entschieden gegen jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung. DIE LINKE wendet sich gegen alle rechts- bis extrem rechten Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken machen.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Die Unterstützung von regionalen Bündnissen gegen Rechts und für demokratischen Lebens.
- ✓ Die Nutzung aller rechtlichen Mittel durch kommunale Verwaltungen zur Unterbindung neofaschistischer Aktivitäten.
- ✓ Die Verweigerung der Vergabe von kommunalen Räumlichkeiten an fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, sexistische Parteien und Gruppierungen.
- ✓ Die Streichung von extrem Rechten von Vorschlagslisten für die Schöffen- und Schiedsgerichtswahl.

Aufklärungs- und Bildungsarbeit

Gegen rechte Hetze hilft Aufklärung, für DIE LINKE ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Finanzielle Mittel der Kommunen für Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu Faschismus, besonders an Schulen, Jugend- und Familieneinrichtungen.
- ✓ Die strukturelle und finanzielle Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts und solche für demokratische Teilhabe.
- ✓ Kommunale Anlaufstellen zur Vermittlung von Opfern rechter Gewalt, an entsprechende Beratungsstellen in Niedersachsen.
- ✓ Ein Konzept der öffentlichen Institutionen zur Kontaktierung und Vermittlung von Opfern rechtsextremer Gewalt an entsprechende Opferberatungsstellen.
- ✓ Die Einrichtung einer Kontaktstelle zur Vermittlung von Aussteigerprogrammen aus der extrem Rechten Szene.

Hilfe für Betroffene

Bundesweit erstarben rechtspopulistische bis offen faschistische Kräfte. Es gibt vermehrt Übergriffe gegen Asylbewerber:innen und deren Unterkünfte. Aber auch auf Kundgebungen und Demonstrationen sind verstärkt Hass-Parolen gegen „Ausländer:innen“, verbale Angriffe gegen demokratische Strukturen sowie Angst schürende Hetze gegen Muslime zu hören. Auch kommunale Politiker sehen sich mehr und mehr von Rechts bedroht. DIE LINKE stellt sich entschlossen an die Seite von Betroffenen rechter Gewalt.

- ✓ die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt im Landkreis.
- ✓ Die Einrichtung von Antidiskriminierungsbüros sowie Beratungsstellen in jeder Kommune
- ✓ Die Unterstützung von Selbsthilfe-Initiativen und -Gruppen von Betroffenen
- ✓ Die Einrichtung eines Opferhilfefonds in jeder Kommune.

Erinnerungskultur

DIE LINKE setzt sich für eine Erinnerungskultur ein, die sich mahnend mit der dunkelsten Epoche, der NS-Zeit sowie Militär- und Kriegsgeschichte von zwei Weltkriegen auseinandersetzt.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Eine kritische Einordnung von Kriegsdenkmalern in antifaschistischen Rundgängen durch Texttafeln und künstlerische Installationen.
- ✓ Die fortführende Unterstützung der Aktion „Stolpersteine“ sowie die Errichtung von Denkmälern die gegen Krieg und Faschismus mahnen.
- ✓ Entwicklung von Konzepten für die (außer)schulische historische-politische Bildung sowohl von Jugendlichen als auch Erwachsenen in der Zukunft ohne Zeitzeugen.
- ✓ Weitere Erforschung der Vorgänge in den Kommunen unseres Kreises in der Zeit der faschistischen Diktatur.
- ✓ Unterstützung von Publikation sowie Ausstellung der lokalen Ergebnisse.
- ✓ Ausweitung der Förderung der Stiftung Lager Sandbostel.

Willkommenskultur für Geflüchtete

Sich sicher und willkommen zu fühlen, ist die Grundvoraussetzung um gut in einem neuen Land anzukommen und sich entsprechend schnell zu integrieren. Diese Bedingungen zu schaffen ist die Aufgabe der aufnehmenden Gesellschaft, also die Aufgabe für und alle. DIE LINKE setzt sich für eine Willkommenskultur ein als Keimzelle eines bereichernden Miteinanders.

Solidarität mit Geflüchteten

DIE LINKE ist überzeugt das niemand ohne triftigen Grund aus seinem Land flieht. Sie verdienen daher unsere Solidarität, nicht bürokratische Hürden und mangelhafte Unterkünfte.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Das Kommunen und Gemeinden sich zum „Sicheren Hafen“ ernennen.
- ✓ Die Zusammenarbeit zwischen dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat und der Kommune.
- ✓ Die Schulung von Kommunen, alle Möglichkeiten auszunutzen Abschiebungen zu verhindern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.
- ✓ Öffentlichkeitskampagnen, die über das Schicksal von Geflüchteten und deren Fluchtgründe aufklärt.

Menschenwürdige Unterbringung

Geflüchtete wohnen oft über Monate unter engsten Raum, teils getrennt von ihrer Familie, weit unterhalb des Existenzminimums. Geflüchtete brauchen eine sichere Unterkunft um das erlebte zu verarbeiten. Kommunen dürfen bei dieser Aufgabe nicht alleine gelassen werden.

DIE LINKE fordert:

- ✓ möglichst rasche und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, statt in Sammelunterkünften.
- ✓ Flüchtlingsunterkünfte in öffentliche Hand, Mitarbeitende müssen nach tariflichen Bestimmungen bezahlt und für ras-
- systemische Anfeindungen sensibilisiert werden.
- ✓ einen deutlichen Ausbau der Sozialarbeit und der psychologischen Betreuung in allen Unterkünften.

Gesellschaftliche Teilhabe

DIE LINKE unterstützt die Arbeit der vielen Freiwilligen, die Geflüchteten eine Lebensperspektive ermöglichen wollen. Wir wollen dass die öffentliche Hand Wege eröffnet, mehr Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben zu lassen.

DIE LINKE fordert:

- ✓ Entgeltfreie Sprachkurse sowie Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen sowie entgeltfreien Internetzugang (W-LAN).
- ✓ Wenn erforderlich, Aufteilung in Gruppen, die gravierende Leistungsunterschiede aufweisen. (Analphabet:innen und Hochschulabsolvent:innen).
- ✓ Überprüfung der Anforderungen in den Sprachkursen auf dem so genannten Sprachniveau B2.
- ✓ Heterogene Geschlechtergruppen in Sprachkursen, außer bei der Schulung von Frauenrechten und allgemeiner sexueller Aufklärung.
- ✓ Beratungseinrichtungen ausweiten und durch die Kommune unterstützen.
- ✓ Schaffung einer hauptamtlichen sozialpädagogischen Planungsstelle für aufsuchende soziale Integrationsarbeit.
- ✓ Unternehmen werden finanziell ausgleichend unterstützt, wenn sie Geflüchtete ausbilden und jene einen Sprachkurs während der Arbeitszeit absolvieren für die sie freigestellt werden.

Unser Programm im Netz unter:
www.dielinke-row.de

Geschäftsstelle

DIE LINKE. Kreisverband
Rotenburg (Wümme)
Zum Eichenküller 5
27412 Tarmstedt

Telefon: 04283 476
E-Mail: dielinke-row@email.de

**Jetzt erst
recht!** **DIE LINKE.**

www.die-linke.de/mitgliedwerden